

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Beschaffung zusätzlicher COVID-19 Impfstoffdosen**

Die Aktivitäten der 27 EU-Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene zur gemeinsamen Beschaffung von COVID-19 Impfstoffen, woran Österreich auch beteiligt ist, schreiten einerseits immer weiter voran. Andererseits nehmen diese, aufgrund der Entwicklungen bei den noch laufenden Studien-Phasen bei den Herstellerfirmen und den bereits erteilten Marktzulassungen für den Europäischen Raum, eine neue Dynamik an.

Aktuell sind Vorkaufverträge mit sechs Herstellerfirmen abgeschlossen. Zwei davon haben eine bedingte Marktzulassung für die EU erlangt und haben mit der Auslieferung der Dosen in die EU Mitgliedsländer begonnen. Ein weiterer Hersteller hat bei der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA einen Antrag auf bedingte Marktzulassung eingereicht, der Zeitpunkt der ursprünglich angenommenen möglichen Marktzulassung verzögert sich jedoch. Bei den anderen drei Herstellern wird aktuell mit der möglichen Marktzulassung im 2. Quartal gerechnet.

Aufgrund der allgemeinen Erwartungshaltung hinsichtlich verspäteter (oder sogar gänzlich ausbleibender) Marktzulassungen weiterer Hersteller und der gleichzeitigen hohen und dringlichen Nachfrage nach den verfügbaren Impfstoffen in den EU Mitgliedsländern, hat die Europäische Kommission einen zusätzlichen Vorkaufvertrag des Herstellers BioNTech/Pfizer für 200 Mio. Dosen mit einer Option auf weitere 100 Mio. Dosen vorbereitet. Parallel dazu laufen die Vertragsverhandlungen mit zwei weiteren, um das EU-Portfolio weiter zu diversifizieren und um eine weitere Technologie (inaktiver Impfstoff) zu ergänzen.

Damit wächst das EU-Portfolio auf insgesamt 8 Hersteller an, womit für die Europäische Union – inklusive aller Kaufoptionen – in etwa 2,5 Milliarden Dosen zu Verfügung stehen würden.

Zum aktuellen Zeitpunkt hat sich Österreich mit in etwa 19 Millionen Impfstoffdosen zwar insgesamt ausreichend viele Mengen an Impfstoffen über die Vorkaufverträge auf EU-Ebene bereits gesichert, jedoch herrscht aufgrund der tatsächlichen Verfügbarkeit derzeit noch akuter Impfstoffmangel. Um dem Risiko verspäteter oder ausbleibender Marktzulassungen vorzubeugen und gleichzeitig aber so viele Menschen so früh wie möglich impfen zu können, wird Österreich seinen vollen Anteil aus dem zweiten Vorkaufvertrag der Europäischen Kommission über 200 Millionen Dosen des Impfstoffes von BioNTech/Pfizer in Anspruch nehmen. Das würde eine Menge von zusätzlichen 3,8 Mio. Dosen bedeuten. Diese Gesamtmenge dient dabei als Beschleunigungsfaktor, da ein großer Teil dieser Menge nur dann bereits in Q2 und Q3 2021 geliefert wird, wenn die maximal mögliche Gesamtmenge in Anspruch genommen wird. In Ergänzung zu diesen 200 Millionen Dosen besteht die Möglichkeit, aus einer weiteren Option zusätzliche 100 Mio. Dosen abzurufen, folglich weitere 1,9 Millionen Dosen für Österreich spätestens im Q4 2021.

Für diese mögliche Erweiterung des Österreichischen COVID-19 Impfstoffportfolios und die Entscheidung, diese Mengen auch tatsächlich abrufen zu können, werden insgesamt bis zu 115,3 Mio. Euro benötigt. Damit könnten bis Ende Q2/2021 – je nach weiteren Marktzulassungen und tatsächlicher Verfügbarkeit – bis zu 12,7 Mio. Dosen verabreicht werden. Mit den oben genannten zusätzlichen Optionen könnten im Q3/2021 zu den bereits bestehenden Abrufoptionen weitere 2,4 Mio. Dosen und im Q4/2021 weitere 1,9 Millionen Dosen hinzukommen, gefolgt von weiteren Lieferungen ab 2022.

Diese zusätzlichen Kosten werden aus dem Budget der UG 24 bedeckt, wozu auch entsprechende Mittel aus dem COVID-19-Krisenfonds zählen (diese zusätzlichen Erfordernisse sind im BFG 2021 der UG 24 noch nicht veranschlagt worden).

Nicht benötigte Impfstoffdosen dürfen generell auch weitergegeben werden, im Sinne von Spenden oder Weiterverkauf. Dazu beteiligt sich Österreich bereits an einer koordinierenden Arbeitsgruppe auf Europäischer Ebene und ist bilateral auch bereits in Gesprächen.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. Jänner 2021

Rudolf Anschober  
Bundesminister